

WIE DER BERNER GEMEINDERAT GELD ZUM FENSTER HINAUSWIRFT

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Bern 2014–2017

Intervention der PdA an der Stadtratssitzung vom 2. Mai 2013

- zur Planungserklärung der GLP zum Haus der Religionen:

Am 31. Januar dieses Jahres wurden in diesem Rat in der Diskussion über den Baukredit für die Neugestaltung des Europaplatzes Bedenken geäussert im Hinblick auf eine drohende, schleichende Subventionierung des „Hauses der Religionen“. Frau Gemeinderätin Wyss hat in diesem Zusammenhang gemäss Protokoll versichert: „Der Entscheid des Bundesamts für Kultur, wonach Beten keine Kultur sei und deshalb keinen Bundesbeitrag erhält, hat bisher nicht dazu geführt, dass wir Anfragen erhalten hätten.“ So tönte es vor nur drei Monaten.

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Bern 2014–2017 wurde im März gedruckt. Und da stehen sie schon drin: die Subventionen in der (vorläufigen!) Höhe von 200'000 Franken ab 2014! Hier handelt es sich offensichtlich um eine vorauseilende Wunscherfüllung – und mit Garantie um einen Appetitanreger. Oder um ein Votum vom 31. Januar zu zitieren: Wenn wir A sagen, werden wir um B und C nicht herumkommen. Paranoia sieht anders aus. Die Bedenken vom Januar scheinen sich als mehr als berechtigt erwiesen zu haben.

Frau Gemeinderätin Wyss muss aber noch weiter zitiert werden: „Sollte das überhaupt je der Fall sein, gehe ich davon aus, dass es nicht unbedingt beim Tiefbau wäre, sondern anderweitig, zum Beispiel über die Integration.“ Man kann sich das „Sollte das überhaupt je der Fall sein“ auf der Zunge zergehen lassen – dann ist aber Schluss mit lustig! Die Partei der Arbeit Bern taxiert es – um es nett auszudrücken – als Affront, wenn einerseits das Totsparen der Gemeinwesenarbeit einstudiert wird und zeitgleich an der öffentlichen Subventionierung des Hauses der Religionen auf Dauer gebastelt wird. Diese politische Option für die Stärkung einer privaten Institution und gegen Gemeinwesenarbeit ist schlicht skandalös – und das nicht nur, weil hier die bürgerlich-demokratische Errungenschaft der Trennung des Staates von den Kirchen unterlaufen wird.

Die Partei der Arbeit Bern wird dieses Game nie unterstützen: mag es uns der Gemeinderat als Kultur-, Bildungs- oder wohl gar Integrationsbeitrag verkitschen. Wir unterstützen die Planungserklärung der GLP und erwarten in Zukunft eine bisschen mehr Sensibilität von Seiten des Gemeinderats, wenn es um offensichtlich nicht ganz abseitige Bedenken aus dem Stadtrat geht. Frau Gemeinderätin Wyss meinte am 31. Januar schliesslich noch: „Die Beamten auf nationaler Ebene werden sich vermutlich noch wundern, welche Ausstrahlung diese Institution entwickeln kann.“ Soll der Gemeinderat doch besser schauen, dass er nicht auch noch ins Wundern kommt.

- zur Planungserklärung der Partei der Arbeit zu PINTO:

Machen wir den wichtigen Schnitt jetzt: Schenken wir uns den finanziellen und propagandistischen Aufwand für das Produkt PINTO und konzentrieren wir uns auf die gesellschaftlich sinnvolle und nachhaltige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen! Konstrukte, die Aufgaben der Sozialarbeit mit Kontrolle, Stigmatisierung und Repression verquicken, werden die nächsten Jahre nicht überleben – das ist keine kühne Prophezeiung, das pfeifen doch schon längst die Spatzen vom Dach. Testarbeitsplätze TAP und PINTO haben sich längst als Rohrkrepiierer erwiesen. Wir haben die einzigartige Chance zu einer Kurskorrektur: weg von Flops – hin zum sinnvollen Einsatz der finanziellen Ressourcen.

Geradezu kühn mutet da die Erklärung im IAFP an, die uns eine Erhöhung der Ausgaben für PINTO in Aussicht stellt: „Durch den Umstand, dass mehr Personen ihre Freizeit im öffentlichen Raum verbringen, besteht zunehmend eine erhöhte Gefahr von Nutzungskonflikten. Dies erfordert eine höhere und flexiblere Einsatzplanung von PINTO.“ Kürzen Sie die Gemeinwesenarbeit, die Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen – und Sie werden noch eine echte sich selbst erfüllende Prophezeiung produzieren! Ist Ihnen eigentlich noch nicht aufgefallen, welches Bild der Jugend Sie mit solchen Aussagen und solchen Produkten des Misstrauens wie PINTO und TAP propagieren. So können sich soziale Vorurteile in Institutionen niederschlagen, so werden sie auf Dauer gestellt. Indem wir solche Produkte endlich abschaffen und die dadurch frei werdenden Mittel in gesellschaftlich sinnvolle Kanäle leiten, ist einer lebendigen und offenen Stadt am besten gedient. Beginnen wir heute Abend: mit der Verabschiedung von PINTO.

Rolf Zbinden, Partei der Arbeit Bern, 2. Mai 2013